



Niederschrift

15. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 16.02.2016
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:40 Uhr
Ort, Raum:	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Clemens Viehrig CDU/ANW

Ausschussmitglieder

Frau Gesine Dannenberg DIE LINKE
Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE
Herr Daniel Keller SPD
Herr Marcel Piest SPD
Herr Johannes Baron v. d. Osten FDP
gen. Sacken

sachkundige Einwohner

Frau Christiane Erning Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler ab 17:45 Uhr

Herr Viktor Kalitke
Frau Kathleen Krause SPD
Frau Tina Lange DIE LINKE
Herr Ronald Sima DIE LINKE ab 18:45 Uhr
Frau Eva Wieczorek Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hans-Joachim Ziebarth CDU/ANW

Beigeordnete

Frau Petra Rademacher FBL Bildung und Sport Vertretung für: Frau Dr. Iris Jana Magdowski

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Ingeborg Naundorf Bündnis 90/Die Grünen nicht entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Frau Maja Kulke DIE aNDERE entschuldigt
Herr Dennis Hohloch AfD entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Andreas Ehl	Bürgerbündnis-FDP	nicht entschuldigt
Herr Dr. Jörg Kwapis	DIE aNDERE	entschuldigt
Frau Grit Schkölziger	SPD	entschuldigt
Frau Stephanie Seidel	Behindertenbeirat	nicht entschuldigt

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski	Beigeordnete Geschäftsbereich 2	entschuldigt
------------------------------	------------------------------------	--------------

Schriftführerin:

Frau Nicole Heidrich GB Bildung, Kultur und Sport

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.12.2015 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Schülerbeförderungssatzung
Vorlage: 15/SVV/0665
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 3.2 Berücksichtigung von Vorbereitungsklassen bei der Planung/Errichtung von
Schulneubauten
Vorlage: 15/SVV/0800
Fraktion CDU/ANW, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 3.3 Raumbedarfsplanung an Grundschulen und weiterführenden Schulen
Vorlage: 16/SVV/0007
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 3.4 Erweiterte Besetzung der Sekretariate an Schulen mit vielen Flüchtlingskindern
Vorlage: 16/SVV/0001
Fraktion DIE LINKE

- 3.5 Grundschule in der Heinrich-Mann-Allee
Vorlage: 16/SVV/0016
Fraktionen SPD, CDU/ANW

- 3.6 Erweiterung Comeniusschule
Vorlage: 16/SVV/0017
Fraktionen SPD, CDU/ANW

- 3.7 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH
Vorlage: 16/SVV/0027
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 3.8 Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen
Vorlage: 16/SVV/0006
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
- 3.9 Schulwegsicherung in Babelsberg
Vorlage: 16/SVV/0011
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD
- 3.10 Erhöhung der Sportfördermittel für 2016
Vorlage: 16/SVV/0018
Fraktion CDU/ANW
- 3.11 Skaterhalle
Vorlage: 16/SVV/0049
Fraktion DIE LINKE
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung (Sachstand Baumaßnahmen)
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.12.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Viehrig stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 stimmberechtigte Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 15.12.2015 erheben sich keine Einwände. Der Niederschrift wird einstimmig **zugestimmt**.

Herr Viehrig informiert die Ausschussmitglieder, dass ab sofort Frau Nicole Heidrich aus dem Fachbereich Bildung und Sport als Schriftführerin bestellt ist. Er bedankt sich für die gute Arbeit von Frau Schindler.

Herr Viehrig weist darauf hin, dass der Antrag zu den Vorbereitungsklassen aus der Stadtverordnetenversammlung zurücküberwiesen wurde. Das Votum des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion steht noch aus und dieser tagt zeitgleich mit dem Ausschuss für Bildung und Sport, empfiehlt er, den TOP 3.2 erst im März 2016 zu behandeln.

Herr Viehrig bittet die Anträge „Grundschule in der Heinrich-Mann-Allee“ (TOP 3.5) und „Erweiterung Comeniusschule“ (TOP 3.6) ebenfalls bis März 2016 zurückzustellen, da diese zunächst in der AG Schulentwicklungsplanung am 10. März 2016 noch behandelt werden sollten. Die Machbarkeitsstudie zur Comeniusschule wird der Niederschrift als Anlage beigelegt (Anlage 1).

Die Ausschussmitglieder **stimmen** der vorgeschlagenen Verfahrensweise **zu**.

Herr Wollenberg bittet unter Sonstiges um den aktuellen Sachstand zum Neubau der Da Vinci Gesamtschule.

Herr Richter merkt an, dass hierzu unter TOP 4.1 eine kurze Berichterstattung erfolgen wird.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Schülerbeförderungssatzung** **Vorlage: 15/SVV/0665** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Viehrig gibt das Wort an Herrn Fröhlich.

Der Stadtverordnete **Fröhlich** weist namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zunächst darauf hin, dass dieser Antrag bislang bis zur Prüfung durch das Rechtsamt zurückgestellt wurde.

Frau Rademacher informiert, dass das Rechtsgutachten nun per 22.01.16 vorliegt. Im Ergebnis der Stellungnahme kann nun eine Änderung der Schülerbeförderungssatzung vollzogen werden. Der Schülertransport ist nur pflichtig im Hinblick auf die Organisation der Beförderung der Schüler von der Wohnung zur Schule und wieder zurück, um so die Teilnahme am Unterricht, also an schulischen Maßnahmen zu ermöglichen. Der Besuch von nicht verpflichtenden außerschulischen Veranstaltungen ist demnach nicht inbegriffen. Dieses Angebot wurde jedoch bislang durch den Fachbereich gewährleistet. Der schriftliche Verzicht des Anspruchs auf die Beförderung von der Schulanschlussbetreuung zur Wohnung sollte in jedem Fall in die Schülerbeförderungssatzung § 5 Abs. 3 aufgenommen werden, wenn Eltern die Beförderung zu einer Schulanschlussbetreuung wünschen. Diesbezüglich soll es noch Verständigungen mit dem Kreisschulbeirat geben, da die Schülerbeförderungssatzung mitbestimmungspflichtig ist. Es wird vorgeschlagen, den Transport zur Schulanschlussbetreuung aus Kulanz – und wie bisher als

Einzelfallentscheidungen mit Ausnahmegewilligungen – zu gewährleisten. Die Satzungsänderung wird in den Geschäftsgang der Verwaltung gegeben und soll den Stadtverordneten im Mai zur Entscheidung vorgelegt werden.

Herr Keller stimmt dem Vorschlag mit den beiden geregelten Fahrten pro Schultag zu.

Herr Fröhlich ist mit dem Vorhaben der Verwaltung einverstanden und schlägt vor, den Antrag zurückzustellen.

Gegen diesen Verfahrensvorschlag regt sich kein Widerspruch. Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Vorgehensweise zu.

Die Vorlage wird **zurückgestellt**.

zu 3.2 Berücksichtigung von Vorbereitungsklassen bei der Planung/Errichtung von Schulneubauten

Vorlage: 15/SVV/0800

Fraktion CDU/ANW, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Antrag wird **zurückgestellt**.

zu 3.3 Raumbedarfsplanung an Grundschulen und weiterführenden Schulen

Vorlage: 16/SVV/0007

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Viehrig gibt das Wort an Herrn Fröhlich.

Der Stadtverordnete **Fröhlich** weist namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zunächst darauf hin, dass die Intention des Antrages eine Kontaktaufnahme des Oberbürgermeisters mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS) ist, um die bestehende Raumbedarfsplanung anzupassen. Aufgrund der Flüchtlingsproblematik und der sozialen Benachteiligung ist die Raumprogrammplanung zu überarbeiten. Er merkt an, dass es diesbezüglich schon Gespräche unter anderem mit dem Kreiselternrat gab.

Frau Rademacher betont, dass die LHP bereits mehrfach an das MBS mit der Bitte um Überarbeitung bzw. Aktualisierung der Raumprogrammempfehlung herangetreten ist. Das MBS hat diesbezüglich mitgeteilt, dass keine Überarbeitung geplant ist. Hinsichtlich der Finanzierung des zusätzlichen Bedarfs ist davon auszugehen, dass bei einer Anpassung der Raumbedarfsempfehlungen durch das Land Brandenburg, dieses auch die Finanzierung zu gewährleisten hätte.

Herr Richter informiert, dass es am Beispiel der Grundschule Bornim, sowie der Grund- und Gesamtschule Stern im Hinblick auf das Raumprogramm einen Workshop gab. Auf Grundlage dessen ergeben sich jeweils Mehrbedarfe, welche nicht im Wirtschaftsplan des KIS enthalten sind. Eine nachträgliche Änderung der Raumbedarfsplanung hätte nicht nur Auswirkungen auf das Investitionsvolumen, sondern durch den Umplanungsaufwand auch auf den Projektablauf.

Herr Wollenberg sieht den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Stärkung der Verwaltung. Der Oberbürgermeister wird daher gebeten, nochmals mit Nachdruck und im Hinblick auf benötigte Mehrbedarfe erneut zu agieren. Dies soll nicht nur unter dem Aspekt der Flüchtlingsproblematik geschehen. Herr Wollenberg regt zudem eine Änderung des zweiten Absatzes an, damit ein Beschluss der Stadtverordneten erfolgen kann.

Herr von der Osten Sacken bittet um Streichung des zweiten Absatzes. Die Finanzierung muss geplant werden können, um eine Ablehnung der Kommunalaufsicht zu vermeiden.

Herr Fröhlich ist mit dem Vorhaben einverstanden und schlägt vor, den Antrag innerhalb der Fraktion zu modifizieren, um die Flächenproblematik im Nachtragshaushalt zu berücksichtigen.

Herr Keller schließt sich den Vorrednern an. Er weist darauf hin, dass eine sachliche Begründung der Mehrbedarfe grundlegend ist. Nur so kann eine Genehmigung durch die Kommunalaufsicht erfolgen.

Herr Ziebarth ist ebenfalls der Ansicht, dass das Raumprogramm veraltet ist und regt die Einbeziehung des Städte- und Gemeindebundes (StGB) an.

Herr Richter weist darauf hin, dass die Genehmigung von Kreditaufnahmen nur unter der Erfüllung mehrerer Voraussetzungen erfolgen kann. Die wichtigste Voraussetzung dabei ist der Nachweis der Unabweisbarkeit. Solange die Mehrbedarfe gegenüber der Kommunalaufsicht nicht entsprechend gemeldet sind sieht er keine Chancen für einen ausgeglichenen Haushalt. Er hofft, dass durch Drängen anderer Kommunen, der Druck auf das MBS zur Anerkennung der Mehrbedarfe führt.

Herr von der Osten Sacken sieht das Land nicht in der Finanzierungspflicht. Er bezweifelt diese Vorgehensweise. Die Haushaltsplanung des KIS sollte nicht verzögert werden.

Herr Viehrig wendet sich an Herrn Fröhlich und schlägt eine entsprechende Änderung des Antrages vor.

Er ist der Ansicht, dass für Mehrbedarfe ein Refinanzierungsbeschluss bewirkt werden muss. Das Raumprogramm, sowie der Genehmigungsantrag des Innenministeriums zum Wirtschaftsplan des KIS sind Grundlage für die Unabweisbarkeit der Mindestempfehlungen und müssen entsprechend eingehalten werden. Der Kontakt mit dem StGB besteht bereits. Auch wurden bereits verschiedene Vorschläge zur Finanzierung getätigt. Unter anderem auch die Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes in Bezug auf die Investitionskosten (hier die Umlage zu Lasten anderer Schulträger). Das MBS hat bislang die Anträge der LHP abgelehnt. Herr Viehrig regt eine Korrektur des Finanzausgleichsgesetzes an.

Frau Wiczorek gibt zu bedenken, dass trotz der Finanzproblematik nicht die Bedürfnisse der Kinder in den Hintergrund gedrängt werden sollen. Die Differenzierungsräume werden dringend benötigt, um eine gute Schulqualität zu gewährleisten.

Herr Keller wendet sich nochmals an die Verwaltung und möchte anmerken, dass es kein Vorwurf war, dass die Mehrbedarfe bislang nicht angemeldet wurden. Eine Refinanzierung muss noch gefunden werden. Er schließt sich den

Vorredner bezüglich der Kontaktaufnahme mit dem MBS an.

Herr Viehrig beendet die Diskussion und schlägt vor, den Antrag bis März **zurückzustellen** und mit geänderter Fassung erneut zu beraten.

Gegen diesen Verfahrensvorschlag regt sich kein Widerspruch. Die Ausschussmitglieder stimmen der Vorgehensweise zu.

Die Vorlage wird **zurückgestellt**.

zu 3.4 **Erweiterte Besetzung der Sekretariate an Schulen mit vielen Flüchtlingskindern**

Vorlage: 16/SVV/0001

Fraktion DIE LINKE

Herr Wollenberg bringt den Antrag ein und schildert, dass aufgrund verschiedener Kontaktaufnahmen von Schulen an die Fraktion, dieser Antrag zustande gekommen ist. Einige Sekretariate beklagten sich über steigende Belastung auf Grund der vielen Flüchtlingskinder. Es sei jedoch nicht Ziel des Antrages, an allen Schulen Mehrbedarfe einzurichten.

Herr Viehrig informiert kurz, dass er hierzu bereits ein kurzes Gespräch mit Frau C. Lehmann geführt hatte, welche im Fachbereich Bildung und Sport für die Personalorganisation an den Schulen zuständig ist.

Frau Rademacher berichtet, dass die Bemessung der Wochenarbeitsstunden (WST) der Schulsekretariate zwar wie auch im Antrag dargestellt, auf einer Bemessungsgrundlage beruhen, jedoch werden diese entsprechend den tatsächlichen Schülerzahlen zum jeweiligen Schuljahr angepasst. Diese Bemessungsgrundlage beruht auf den Vorgaben der KGSt. Die Bemessung der WST liegt mit einem Ist von 1.894 WST über dem ermittelten Soll von 1.630 WST. Diese Differenz ergibt sich aus der Festlegung, dass Schulsekretariate mindestens mit 20 bzw. 30 WST bei Ganztagsbesetzung besetzt werden sollen und aus den unterschiedlichen Arbeitsverhältnissen der Schulsekretäre. Für einen Großteil der Schulen besteht daher ein „Puffer“, auf den die Schulen bei spezifischen Belangen und Arbeitsaufgaben z.B. der Zuweisung von Flüchtlingen zurückgreifen können. Frau Rademacher merkt an, dass in einem Fall sogar auf zusätzliche WST zum Schuljahr 2015/16 von der Schulleitung verzichtet wurde.

Im Laufe der Diskussion wurde angeführt, dass einige Schulen schwer erreichbar sind, welches auf die Überbelastung zurückzuführen sei. Bisher lag dem Fachbereich keine Information diesbezüglich vor. Die Personalausstattung ist momentan gut aufgestellt und wird durch drei Springerkräfte zusätzlich verstärkt, um schnelles Handeln realisieren zu können. Man einigt sich auf Kontaktaufnahme mit den Schulleitungen, um die Bedarfssituation zu klären und ggf. Abhilfe zu schaffen. Die Anpassung der Stundenbemessung innerhalb des laufenden Schuljahres ist schwer umsetzbar.

Im Rahmen der Diskussion wurde der Antrag geändert. Es soll eine **Prüfung** und Abstimmung mit den drei benannten Schulen erfolgen. Herr Wollenberg zieht seinen Antrag zurück, wenn Frau Dr. Magdowski in der Sitzung am 02.03.2016 einen entsprechenden Sachstand vorträgt.

Die vorgeschlagene Änderung wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen**, Schulen, die eine größere Zahl von Flüchtlingskindern im Rahmen der Willkommensklassen oder im regulären Schulbetrieb betreuen, zusätzliche Wochenstunden für die Verwaltungsarbeit in den Sekretariaten zur Verfügung zu stellen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am ~~06. April~~ **04. Mai** 2016 über die Erhöhung der Stundenzahl Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen**

- zu 3.5** **Grundschule in der Heinrich-Mann-Allee**
Vorlage: 16/SVV/0016
Fraktionen SPD, CDU/ANW

Der Antrag wird **zurückgestellt**.

- zu 3.6** **Erweiterung Comeniuschule**
Vorlage: 16/SVV/0017
Fraktionen SPD, CDU/ANW

Der Antrag wird **zurückgestellt**.

- zu 3.7** **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH**
Vorlage: 16/SVV/0027
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Frau von Prietz bringt die Vorlage der Verwaltung ein. Sie informiert, dass der Gesellschaftsvertrag der LSH GmbH aufgrund der Anpassung des Gesellschaftsvertrages des Mutterunternehmens der ProPotsdam GmbH angepasst werden muss. Sie verweist auf die sich ergebenden Änderungen welche in einer Synopse dargestellt sind.

Herr Wollenberg regt an, diese Thematik in den Fraktionen zu diskutieren. Er legt hierbei besonderen Wert auf die Änderung des § 5 Abs. 3, der die Nebentätigkeit der Geschäftsführung betrifft. Er empfiehlt bei der Einberufung der Geschäftsführung die Stadtverordnetenversammlung zu beteiligen.

Frau von Prietz weist darauf hin, dass die Nebentätigkeiten der Geschäftsführung im Anstellungsvertrag geregelt sind. Über die Neuberufung der Geschäftsführung entscheidet der Hauptausschuss.

Herr Keller möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es sich lediglich um eine Anpassung des Mustervertrages handle. Er votiert für die Vorlage.

Herr von der Osten Sacken merkt an, dass es ebenfalls Diskussionen bei anderen Anpassungen auf Grundlage des Mustervertrages gab.

Herr Wollenberg stellt folgenden Geschäftsordnungsantrag:

Die Vorlage ist zurückzustellen.

Der Mustervertrag für die Gesellschaftsverträge soll in den Fraktionen weiter diskutiert werden, insbesondere in Bezug auf Nebentätigkeiten und die Neueinberufung der Geschäftsführung.

Der Geschäftsordnungsantrag wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**.

Herr Viehrig stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung der Vorlage **zuzustimmen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH gemäß Anlage 2.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

zu 3.8 Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen

Vorlage: 16/SVV/0006

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

Herr Viehrig gibt das Wort an Herrn Fröhlich.

Der Stadtverordnete **Fröhlich** bringt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Vorlage ein.

Herr Viehrig ergänzt, dass die Einberufung des Projektteams themenbezogen erfolgen soll, um eine qualitative und vor allem zeitnahe Umsetzung zu gewährleisten.

Frau Rademacher informiert, dass das KPMG-Gutachten mit einer Reihe von Optimierungspotenzialen seit Ende 2015 vorliegt. Nun beginnt ein mittel- bis langfristiger Optimierungsprozess. Die Maßnahmen sind in einem Projektablaufplan über 2 Jahre dargestellt und eine Projektgruppe wurde gebildet. Für die Umsetzung wurde u.a. eine zusätzliche Stelle im Fachbereich Bildung und Sport geschaffen. Zudem gibt es zusätzliche Finanzierungen. Sie spricht für die Beibehaltung der jetzigen Projektgruppe und sagt einen Projektfahrplan zu.

Herr Viehrig möchte den zugesagten Projektfahrplan und das Votum des Hauptausschusses abwarten. Möglicherweise ist der Antrag durch die Vorlage

des Projektfahrplans mit der genauen Benennung des Projektteams dann durch Verwaltungshandeln erledigt.

Gegen diesen Verfahrensvorschlag regt sich kein Widerspruch. Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Vorgehensweise zu.

Die Vorlage wird **zurückgestellt**.

zu 3.9 **Schulwegsicherung in Babelsberg**

Vorlage: 16/SVV/0011

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

Herr Viehrig gibt das Wort an Herrn Fröhlich.

Der Stadtverordnete **Fröhlich** bringt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und verweist darauf, dass Radfahrer in Babelsberg oft auf den Fußweg ausweichen müssen, da die Radstreifen regelmäßig versperrt werden. Um diese Unfallgefahr zu beseitigen bittet er den Oberbürgermeister um entsprechende Prüfung.

Herr Weiberlenn verliest hierzu eine vorliegende Stellungnahme der Geschäftsbereiche 3 und 4, welche federführend sind. Daraus geht u.a. hervor, dass bisher bereits routinemäßige Inspektionen des Inspektionsdienstes erfolgten. Ferner ist die aktuelle Verkehrsorganisation Bestandteil der Umsetzung des Radverkehrskonzeptes. Aufgrund dessen sind zurzeit keine weiteren Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit vorgesehen.

Herr Viehrig stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung der Vorlage **zuzustimmen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, durch verstärkte Kontrollen des Ordnungsamtes die Freihaltung der Radstreifen im Umfeld des S-Bahnhofs Babelsberg und der Evangelischen Grundschule zu erreichen sowie weiter an besseren Konzepten zur Sicherheit der Verkehrsteilnehmer, insbesondere der Radfahrer, im Umfeld der viel belasteten Kreuzung Rudolf-Breitscheid- /Karl-Liebknechtstraße zu arbeiten.

Der Stadtverordnetenversammlung soll im April 2016 berichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

zu 3.10 **Erhöhung der Sportfördermittel für 2016**

Vorlage: 16/SVV/0018

Fraktion CDU/ANW

Herr Viehrig bringt den Antrag ein. Er merkt an, dass die Flüchtlingsmannschaft

vom SV Babelsberg 03 – Welcome United 03 – bereits erfolgreich gefördert wurde. 10.000 Euro hat die LHP für dieses Projekt zur Verfügung gestellt. Vor dem Hintergrund das sich auch andere Vereine in Potsdam für solche Projekte engagieren wollen, hat Herr Viehrig Gespräche mit dem Stadtsportbund (SSB) geführt, um weitere Fördermöglichkeiten auszuschöpfen. Jedoch stehen dem SSB nicht genügend Mittel zur Verfügung, um alle Vereine zu unterstützen.

Herr Gessner berichtet, dass aus Sicht des Fachbereiches der Antrag zu befürworten ist. Auch bei den Potsdamer Sportvereinen gibt es bereits erhebliche Nachfragen (bislang liegen dem Fachbereich sechs Anträge vor) nach Sportangeboten, um Integration voranzubringen. Es sollte jedoch unbedingt einer möglicherweise einsetzenden „Neiddebatte“, bezogen auf die begrenzten finanziellen Ressourcen durch die Erhöhung der Sportfördermittel, vorgebeugt werden.

Im Laufe der Diskussion ist man sich einig, dass die finanzielle Unterstützung der Vereine gefördert werden sollte. Zur Deckung der Finanzen wird sich der Finanzausschuss verständigen müssen. Die Beratung zu weiteren Fördermöglichkeiten erfolgt über den Stadtsportbund. Eine weitere Fördermöglichkeit über die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg ist bis zu 5 TEUR pro Jahr möglich (www.integrationsbeauftragte.brandenburg.de).

Herr Viehrig stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung der Vorlage **zuzustimmen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in 2016 die Sportfördermittel für Projekte zur Förderung der Integration im Sport um 20.000 Euro zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

zu 3.11 Skaterhalle
Vorlage: 16/SVV/0049
Fraktion DIE LINKE

Herr Wollenberg bringt den Antrag ein. Er merkt an, dass für den Rollsport seit der Schließung der Skaterhalle kein adäquater Ersatz zur Verfügung gestellt wurde. Um eine ganzjährige sportliche Betätigung der Rollsportszene zu schaffen ist mindestens eine „überdachte Minimallösung“ notwendig.

Herr Gessner stimmt dem zu und führt aus, dass dies aus sportfachlicher Sicht eine Bereicherung für Potsdamer Sportbelange sei. Er gibt jedoch zu bedenken, dass der Wegfall der maroden Skaterhalle, welche lediglich eine ehemalige Lagerhalle war, die nur zeitweilig vom Diakonischen Werk Potsdam e.V. angemietet und der Skaterszene zur Verfügung gestellt wurde. Daraus ist nicht abzuleiten, dass es sich hierbei um eine kommunale Sportanlage im Sinne des Sportfördergesetzes handle. Daraus ergibt sich also kein Ersatzanspruch, wie im Antrag gefordert wird. Aus Sicht der Verwaltung ist dieser Antrag aufgrund der fehlenden finanziellen Möglichkeiten nicht umsetzbar.

In der sich anschließenden Diskussion wird u.a. vorgeschlagen, den Antrag in einen **Prüfauftrag** umzuwandeln.

Herr Wollenberg ist der Ansicht, dass ein Prüfauftrag nicht zielführend sei. Er betont nochmals das sportliche Engagement der Rollsportszene und wirbt um Unterstützung für den Antrag.

Herr Viehrig stellt den Antrag in der eingereichten Fassung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag **abzulehnen**.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung (Sachstand Baumaßnahmen)

Herr Richter stellt den Ausschussmitgliedern eine Übersicht zum aktuellen Stand der Baumaßnahmen zur Schulentwicklungsplanung vor (Anlage 2).

Die Baumaßnahmen des Neubaus der Da Vinci Gesamtschule und auch der Turnhalle am Schilfhof sind im vorgesehenen Zeitplan.

Zur Modulbaulösung der Schule in Zentrum Ost / Babelsberg steht ein entsprechender Beschluss noch aus. Dieser wird voraussichtlich erst im April erfolgen.

Für die Erhöhung der Zügigkeit an diesem Standort ist im Wirtschaftsplan des KIS bereits eine entsprechende Finanzierung enthalten. Die Verwaltung hat eine entsprechende Vorlage zur Erhöhung der Zügigkeit von zwei auf vier Züge in den Geschäftsgang gegeben. Hierzu wird es noch einen Abstimmungstermin am 19. Februar 2016 geben. Die Filiallösung erfolgt bereits zum Schuljahr 2016/17.

zu 5 Sonstiges

Herr Viehrig teilt den Ausschussmitgliedern mit, dass die nächste AG Schulentwicklungsplanung am 10. März 2016 um 17:30 Uhr im Haus 10 stattfinden wird und bittet um Teilnahme. Die darauffolgende Sitzung ist an einem Samstag geplant und wird noch bekannt gegeben.

Herr Viehrig weist die Ausschussmitglieder darauf hin, dass die nächsten Ausschusssitzungen jeweils in verschiedenen Räumlichkeiten stattfinden werden:

15.03.16: auf dem Campus der Stadtverwaltung, Haus 1, Raum 405

19.04.16: auf dem Campus der Stadtverwaltung, Haus 9, Raum 107

24.05.16: auf dem Campus der Stadtverwaltung, Haus 9, Raum 107
14.06.16: auf dem Campus der Stadtverwaltung, Haus 1, Raum 405
19.07.16: im Stadthaus, Raum 1.077
11.10.16: auf dem Campus der Stadtverwaltung, Haus 9, Raum 107
15.11.16: auf dem Campus der Stadtverwaltung, Haus 1, Raum 405
20.12.16: auf dem Campus der Stadtverwaltung, Haus 1, Raum 405

Herr Ziebarth spricht seinen Dank für die sehr gute Organisation der Neuen Märkischen Bildungsmesse am 11. Februar 2016 im Dorint Hotel aus.